

# Die Chefin des Internationalen Währungsfonds in Nöten

## Pariser Sonder-Gericht entscheidet über Anklage gegen Christine Lagarde / Sozialistische Staatsführung schützt Sarkozys Ex-Ministerin / EU zittert um strategische Position

Stürzt die hoch geachtete und oft bewunderte erste Frau an der Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, über eine Entscheidung, die sie 2007 traf? Lagarde war damals noch französische Finanzministerin einer bürgerlichen Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy. In dieser Funktion erwirkte sie ein außerordentliches Schiedsverfahren zur Beendigung eines jahrelangen Rechtsstreits zwischen dem umstrittenen Finanzakrobaten Bernard Tapie und dem französischen Staat.

Tapie hatte 1990 um umgerechnet 300 Mio. Euro den deutschen Sportartikelhersteller Adidas auf Pump erstanden, war in Liquiditätsnöte geraten, und hatte die Firma 1992 um zwei Mrd. Euro verkauft. Abgewickelt wurde das Geschäft vom Credit Lyonnais. Diese damals noch staatliche Bank hatte, ohne Tapie einzuweihen, 85 Prozent der Firmenanteile, die in Steuerparadiesen registriert waren, selber erstanden und anschließend um 4,5 Mrd. Euro weiterverkauft. Seither prozessierte Tapie für eine Entschädigungszahlung seitens des staatlichen Konsortiums, das die Schulden des Credit Lyonnais übernommen hatte (die Bank war 1993 nur knapp dem Bankrott entgangen und 1999 als teilprivatisiertes Unternehmen aufstanden). 2008 billigte das Schiedsgericht, das Lagarde ermöglicht hatte, Tapie 400 Mrd. Euro zu.

Deswegen begann gestern ein Sondertribunal für Ex-Minister ein Verhör von Lagarde, das sich heute fortsetzen dürfte. Der IWF-Präsidentin droht ein Anklageverfahren. Der Verdacht lautet auf Veruntreuung öffentlicher Gelder. Lagarde, so der Vorwurf, habe gegen den ausdrücklichen Rat der Ministerialbehörden das normale Rechtsverfahren durch das Schiedsgericht ersetzt, in dem zwei von drei Richtern Tapie nahestanden. Anschließend hatte Lagarde jeden Einspruch gegen den für Tapie günstigen Entscheid verhindert.

Frankreichs Medien vermuten hinter der damaligen Haltung von Lagarde eine Anweisung von Präsident Sarkozy, der mit Tapie eine informelle Allianz geschlossen hatte. Aber Lagarde beteuert, sie habe alleine und aus innerster Überzeugung, das Schiedsverfahren ermöglicht, um einen für den Staat endlosen und zu kostspieligen Rechtsstreit zu beenden.

Obwohl diese Affäre ein schiefes Licht auf den bürgerlichen Vorgänger des aktuellen sozialistischen Staatschefs Francois Hollande wirft, ist letzterer bemüht Lagarde vor einem Prozess bewahren. Nach der Blamage um den ebenfalls französischen Ex-IWF-Präsidenten Dominique Strauss-Kahn, der unter dem Verdacht, eine Hotelangestellte in New York vergewaltigt zu haben, zurücktreten musste, wäre eine erzwungene Demission von Lagarde ein Imageschaden für Frankreich. Vor allem aber würde die EU eine überaus effiziente Persönlichkeit an einer strategischen Machstelle mitten in der aktuellen Krise verlieren.

**DANNY LEDER**